

Eingang: 24.11.15, 23:10 Uhr
Per Mail / Hef 25.11.15

CDU-Stadtratsfraktion Lüneburg – Bürgergarten 4 – 21337 Lüneburg



CDU

CDU Ratsfraktion Lüneburg
GESCHÄFTSFÜHRER

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeister Ulrich Mäde
Rathaus
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 24.11.2015

O 1 R 2. u. V.
Mit 25/11.

Betr.: Resolution "Für gute Unterbringung von hilfebedürftigen Flüchtlingen - gegen Fehlbelegung von geeigneten Unterkünften!"

Dringlichkeit zur Ratssitzung am 26. November 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mäde,

die CDU-Stadtratsfraktion beantragt zu Ratssitzung am 26. November 2015 folgende Resolution zu beschließen:

Die Stadt Lüneburg und auch die Gemeinden des Landkreises tun seit Monaten ihr Möglichstes, die bei uns Schutz und Hilfe suchenden Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten freundlich aufzunehmen und gut unterzubringen. Eine Grenze der Belastbarkeit ist abzusehen.

Es ist daher unverständlich, dass das Land Niedersachsen die Kommunen nicht dadurch entlastet, indem abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern schneller wieder zurückgeführt werden, wie es der Bund und viele Länder vereinbart haben.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert die Landesregierung deshalb auf, abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern schnellstmöglich wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Die Kommunen würden so unterstützt, denjenigen eine Unterkunft zu gewähren, die unseren Schutz wirklich uneingeschränkt benötigen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Mütter mit Kindern aus Krisen- und Kriegsgebieten keine gute Unterkunft erhalten können, weil die dringend benötigten Plätze von anerkannt ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerbern belegt sind.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg spricht sich vor diesem Hintergrund ebenfalls dafür aus, dass die Zahl der ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerber auf die Zahl der Flüchtlinge angerechnet wird, die von der Stadt nach der allgemeinen Aufnahmequote aufzunehmen sind. Dies hat solange zu gelten, bis die Landesregierung Ihrerseits alle gesetzlichen Möglichkeiten der Rückführung abgelehnter Asylbewerber nachweislich ausschöpft.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt der Landesregierung die Resolution zur Kenntnis zu geben, sie aufzufordern, alles gesetzlich Zulässige zu tun, um die schnellstmögliche Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber sicherzustellen.

Weiter ist mit dem Land zu vereinbaren, dass bis dahin die nicht zurückgeführten ausreisepflichtigen Asylbewerber auf die Quote der in der Hansestadt Lüneburg aufzunehmenden Flüchtlinge angerechnet wird.

Mit freundlichen Grüßen,

